

Interfraktioneller Antrag

19.10. 2012

Ausstellungsvorhaben Tübinger Vertrag

Bezug: Vorlage 385/2012

Antrag:

1. Die von der Verwaltung beantragte Entscheidung über die Bereitstellung von Mitteln für eine Ausstellung zum 500-jährigen Jubiläum des Tübinger Vertrags wird zurückgestellt.
2. Die Verwaltung gibt den Plan auf, als alleiniger Träger und Veranstalter einer möglichen Ausstellung aufzutreten, bei der sich die Stadt allenfalls der Kenntnisse und Dienste anderer Institutionen (Kunsthalle) bedient.
3. Der Gemeinderat wird erst dann mit einer Ausstellungsplanung befasst, wenn eine der folgend aufgeführten Alternativen in der Trägerschaft gegeben ist:
 - Die Verwaltung gewinnt das Land Baden-Württemberg als Hauptträger der Ausstellung; in diesem Fall tritt die Universitätsstadt Tübingen mit deutlich kleinerer Einstandspflicht als Mitträger auf.
 - Die Ausstellung wird wie jede andere ihrer Ausstellungen eigenverantwortlich von der Kunsthalle Tübingen veranstaltet. Die Stadt gibt hierzu einen besonderen, anlassbezogenen Zuschuss.

Unter Beachtung einer Obergrenze von 200.000 € darf in beiden Fällen der städtische Anteil 20% der Gesamtkosten nicht übersteigen. Nachschusspflichten der Stadt über die Obergrenzen hinaus werden ausgeschlossen.

Begründung:

Auch wenn der historische Kontext Fragen aufwirft, dem Tübinger Vertrag muss in der Europäischen Verfassungsgeschichte eine hohe Bedeutung zugemessen werden. Es erscheint gerechtfertigt, das 500-jährige Jubiläum mit einer Ausstellung zu würdigen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch in anderen Formen der Bedeutung des Vertrags Ausdruck verliehen werden kann (Festakte, Symposien o.ä.).

Gegenstand, historische Bedeutung und heutige Zuordnung des Vertrags sollten mit der Trägerschaft der Ausstellung korrespondieren.

Wenn schon von europäischer Dimension die Rede ist und wenn es sich beim Tübinger Vertrag primär um ein württembergisches Ereignis handelt, so gibt der nachrangige Gesichtspunkt, dass Tübingen Ort der Vertragsunterzeichnung war, keine Veranlassung, eine so große, kostenträchtige und auch risikobehaftete Ausstellung mit angedacht weiter Ausstrahlung allein zu veranstalten.

Für die SPD-Fraktion

Dr. Martin Sökler

Für die CDU-Fraktion

Dr. Albrecht Kühn